

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 5 86 846 pbbn d

Inhalt

Dieter Schanz MdB zum Um-
gang mit Vietnam: Die Iso-
lation Hanois aufheben.

Seite 1

Dr. Rudolf Schöfberger MdB
zu den Plänen der Bayeri-
schen Staatsregierung, eine
politische Polizei einzufüh-
ren: SPD verwehrt sich gegen
Mißbrauch der Ordnungshü-
ter.

Seite 3

Wolfgang Sieler MdB zur
Wirkung der Teilzeitarbeit
bei Frauen: Mehr Belastung
statt mehr Gleichheit.

Seite 4

43. Jahrgang /229

30. November 1988

Die Isolation Vietnams aufheben

Der Westen sollte den Wandel Hanois im eigenen Interesse hono-
rieren

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit

Der Name Vietnam hat für mich noch immer einen besonderen Klang, denn mit dem Volk der Vietnamesen hatten doch auch demokratische Sozialisten Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre große Hoffnungen und Ideale verbunden. Daran anzuknüpfen und darauf hinzuweisen, war auch Ziel einer Delegationsreise der Sozialistischen Internationalen mit Egon Bahr MdB und Miquel A. Martinez, Mitglied des spanischen Parlaments und dem Vorstand der PSOE sowie dem Autor dieses Artikels.

„Vietnam wird sich, wie vor der UNO-Vollversammlung in New York erklärt, aus Kambodscha bis spätestens Ende 1989 zurückziehen“, so äußerten sich übereinstimmend Hun Sen, Premierminister von Kambodscha, Nguyen Co Thach, Mitglied des Politbüros, Außenminister und stellvertretender Ministerratsvorsitzender der Republik Vietnam und Nguyen Van Linh, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams gegenüber der SI-Delegation.

Aber es bleiben Fragen und Sorgen. „Wenn die Vietnamesen abgezogen sind, werden wir die Pol-Potisten nicht unter Kontrolle halten können“, äußerte der kambodschanische Premier Hun Sen. Die Leute haben Angst vor dem Abzug der Vietnamesen und vor der Zeit danach. Es bleibt also die Frage, ob das Morden Pol-Pots in Kambodscha weitergeht. Es bleibt die Frage, ob nicht zwei bis drei Millionen ermordete Kambodschaner genug sind. Sind die 40.000 Soldaten der Roten Khmer zu kontrollieren? Wer soll oder wird sie entwaffnen? Haben China und Thailand ein begründetes Interesse daran?

Vom Frieden darf dennoch geträumt werden. Aber man stelle sich vor, die Vietnamesen gehen raus, das Morden setzt sich fort, und wir, das heißt der Westen, aber auch der Osten, schauen von der Galerie aus zu. Könnte es dann nicht sein, daß wir sehr schnell die Vietnamesen bitten, wieder zurückzugehen und für Ordnung zu sorgen? Die heuchlerische Position von damals darf sich nicht wiederholen; auch 1978 war der Weltöffentlichkeit bekannt, daß Pol-Pot über zwei Millionen Menschen buchstäblich abgeschlachtet hat.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verbinden Sie sich mit
unserem Rotations-
Recycling-Papier



Es gilt also, den eingeleiteten Friedensprozeß seitens der Weltmächte, das heißt der USA und der UdSSR, seitens China und Europa, fördernd zu begleiten.

Dies erkannt zu haben, kann die SPD und die Sozialistische Internationale nicht erst seit ihren hochrangigen Gesprächen in Hanoi für sich in Anspruch nehmen.

Daß es darüber hinaus ein Genuß war, zusammen mit Egon Bahr und Miquel Martinez an einem Seminar zur aktuellen Sicherheitspolitik mit Studenten, Professoren, Mitarbeitern des Außenministeriums und Journalisten teilnehmen zu dürfen, will ich nicht verschweigen. Daß ich zum dritten Mal dort war und mit dafür sorgen konnte, daß Vietnam auch für die SPD kein weißer Fleck auf dem Globus mehr ist, stimmt mich darüber hinaus besonders froh.

Was sind die Fakten, die dafür sprechen, daß der Frieden in Südostasien gelingen könnte? Anfang Dezember sprechen China und die Sowjetunion in Moskau über das Problem Kambodscha. Premierminister Hun Sen fuhr unmittelbar nach unserem Gespräch über Moskau nach Paris, um sich mit Prinz Sihanouk zu treffen. Unabhängig davon werden weitere Gespräche stattfinden. Zu Beginn des Jahres 1989 werden sich die Sowjetunion und China zu einem Gipfelgespräch zusammenfinden. Es scheint, als gingen alle Parteien von der Überzeugung aus, daß die Lösung des Kambodscha-Problems für jeden nützlich ist. Wenn also alle vom Friedensprozeß und vom Frieden profitieren, dann kann es eine Lösung geben. Jedenfalls liegen die Fakten alle auf dem Tisch.

Die vier Parteien in Kambodscha müssen sich auf einen Zeitplan und ein Verfahren verständigen. Das Problem der Roten Khmer ist mit internationaler Beteiligung und Kontrolle zu lösen. Im Vordergrund steht die Entwaffnung der Roten Khmer und eine Form ihrer Beteiligung an einer künftigen Regierung. Danach können freie Wahlen unter internationaler Beobachtung stattfinden. Für eine Übergangszeit muß der innere und äußere Frieden durch UNO-Truppen gesichert werden. Alle Parteien dürfen in Kambodscha konkurrieren und kandidieren.

Hun Sen schwebt eine gemischte Wirtschaft und Pluralismus vor. Vietnam ist daran sehr interessiert, zumal die eigenen wirtschaftlichen Interessen damit übereinstimmen. Wenn das also gelingt, und wenn es möglich ist, Pol-Pot und seine Clique zu entmachten, ist der Frieden in Südostasien erreichbar. Dann haben Kambodscha, Laos und Vietnam eine echte Chance zur Entwicklung ihrer Wirtschaft.

Nun gilt es für die SPD und die SI, in der Bundesrepublik Deutschland und über die EG schnell alle Voraussetzungen für die Aufnahmen von wirtschaftlichen Beziehungen, Aufnahme von Entwicklungshilfe zu schaffen. Zumindest muß vor dem Tag des Abzuges des letzten vietnamesischen Soldaten aus Kambodscha die Bundesregierung, das BMZ, das Auswärtige Amt die notwendigen „Schularbeiten“ gemacht haben. Schon jetzt können Experten beider Häuser vor Ort prüfen, welche Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorhanden sind.

Vietnam hat die Voraussetzungen hierfür geschaffen. Nach dem sechsten Parteitag im Dezember 1986 hatte man erklärt, aus den eigenen Fehlern lernen zu wollen. Unsere Gespräche in Vietnam zeigten die ungeheure Dynamik in der Absicht, sich zu öffnen, privates Kapital ins Land zu lassen und Investitionen entsprechend zu schützen. Die eigene Positionsbestimmung Vietnams innerhalb des COMECON hängt auch davon ab, wie wir uns verhalten. Letztendlich darf nicht übersehen werden, daß es diese Staatengemeinschaft war, die Vietnam vom ersten bis zum letzten Tage des Krieges und danach geholfen hat.

Aus dem Schlachtfeld Vietnam muß ein Feld wirtschaftlicher Kooperation in Asien werden; dies liegt sicher auch im Interesse Thailands. Die Wiedereingliederung Vietnams in die Völkergemeinschaft befreit das Land vom Beruch des „Paria-Daseins“. Unsere eigene Erfahrung, unsere eigene Ost-West-Politik lehrt uns, daran zu glauben, daß die Interessengegensätze überbrückt werden können. Auch diese Erfahrung könnten wir in Südostasien weitervermitteln.

Weil das Land und die Menschen dringend Hilfe brauchen, darf Vietnam dennoch kein modisches Markenzeichen für irgendwelche Gruppierungen in der Bundesrepublik werden. Es gilt, Brücken zu den gewählten Parteien und Fraktionen zu schlagen, damit sie helfen, in diesem Raum der Welt Frieden zu schaffen und den Menschen zu helfen. Deshalb wird es Aufgabe der SPD-Bundestagsfraktion ein, im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit eine Mehrheit zu finden für eine realistische und vernünftige Friedenspolitik zugunsten Vietnams.

(-/30.11.1988/vo-he/rs)

* * *

Die Bayerische Staatsregierung will eine Politische Polizei

Die SPD verwarft sich gegen den Mißbrauch der Ordnungshüter

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Landesvorsitzender der bayerischen SPD
Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Bayerische Staatsregierung will mit ihrem Gesetzentwurf zur Ausweitung des Polizeigewahrsams aus der Vollzugspolizei offenbar eine Politische Partei machen. Künftig sollen mißliebige Personen, die schon einmal aufgefallen sind oder in deren Umfeld Flugschriften oder Werkzeuge gefunden werden, vorsorglich bis zu 14 Tagen in Polizeigewahrsam genommen werden können.

Wir Sozialdemokraten widersetzen uns mit großer Leidenschaft diesen Plänen. Nicht etwa, weil wir kriminellen Gewalttätern eine Gasse freihalten wollten oder gar selbst für das gewaltsame Demonstrieren wären. Wir widersetzen uns als Freunde der Verfassung, des Rechtsstaats und unserer Polizei, die wir allesamt nicht deformieren lassen wollen.

Schon das geltende Recht kennt den Polizeigewahrsam bis zu höchstens 48 Stunden. Dieser Gewahrsam steht in engem Zusammenhang mit unmittelbar drohenden, also kurz vor der Ausführung stehenden oder mit bereits ablaufenden Straftaten. Klar, daß die Polizei nicht zusehen muß, bis die Straftat vollendet ist. Der 14tägige Polizeigewahrsam löst jeden Zusammenhang mit einer Straftat zeitlich auf. Aus dem Repressionsgewahrsam wird eine blanke Vorbeugehaft.

Im Konfliktfalle - etwa bei einer bevorstehenden Großdemonstration - wird also die Polizei vom Innenministerium einen Computer-Ausdruck bekommen, auf dem diejenigen Personen steckbrieflich verzeichnet sind, die die Polizei vorsorglich 14 Tage einlochen soll.

Damit wird aus einer an eng umrissene Aufgaben und gesetzliche Befugnisse gebundenen Vollzugspolizei eine Politische Polizei, die den Gewahrsamsgrund, eine strafbare Handlung, selbständig gar nicht mehr feststellen kann und auch nicht feststellen will.

Alle Diktaturen dieser Welt haben eine Polizei, die so motiviert ist. Alle Diktaturen sehen die Möglichkeit vor, politisch mißliebige Personen für längere Zeit aus dem Verkehr ziehen zu können. Immer dann, wenn es dem jeweiligen Machthaber paßt. So kann in Chile die Polizei jeden „Störer“ ohne richterliche Mitwirkung bis zu drei Monate einlochen und bis zu drei Jahre des Landes verweisen.

Natürlich gehen die Pläne der Bayerischen Staatsregierung nicht so weit. Aber schon der politisch motivierte 14tägige Polizeigewahrsam ist ein bedenklicher Einstieg, der uns vom Weg der Demokratie auf den Pfad der „Demokratatur“ führt.

Erfreulicherweise wehrt sich auch die Gewerkschaft der Polizei im DGB gegen diese Deformierung der Polizei zu einer Politischen Polizei. Nur der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (CSU-nahe) unterstellt uns Sozialdemokraten böartige Absichten. Wir wollten, so heißt es, der Polizei nicht geben, was sie bräuchte, seien gar Gegner der Polizei und Freunde von Chaoten und Gewalttätern.

Mit derart bodenlosen Frechheiten gegenüber der ältesten und erfahrensten demokratischen Partei Bayerns versucht ein CSU-Höriger Stimmung gegen die Sozialdemokratie und für den Gesetzentwurf der Staatsregierung zu machen.

Wir sind fest überzeugt, daß das weder bei den Bürgern noch bei den betroffenen Polizeibeamten selbst Gehör findet. Die allermeisten Polizeibeamten wollen sich nicht politisch mißbrauchen lassen. Sie wollen sich nicht dafür hergeben, massenweise Bürgerinnen und Bürger zu verhaften und in „Großraumzeiserlwagen“ für 14 Tage in den Polizeigewahrsam einliefern zu müssen.

(-/30.11.1988/vo-he/rs)

Mehr Belastung statt mehr Gleichheit?

Zur Wirkung der Teilzeitarbeit bei Frauen

Von Wolfgang Sieler MdB

In der Diskussion um einen veränderten Arbeitsbegriff und die daraus folgenden Konsequenzen für das Normalarbeitsverhältnis spielt die Einrichtung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen eine ebenso große Rolle wie bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, vor allem der überdurchschnittlichen Frauenarbeitslosigkeit. Wenn das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit berichtet, 77 Prozent der vollzeitbeschäftigten Frauen wollten lieber einer Teilzeitarbeit nachgehen und die Bundesfrauenministerin eine „Teilzeittoffensive“ ankündigt, so muß hier nachgefragt werden.

Soziale Teilsicherung

Zum einen wollen nach den Forschungsergebnissen die 77 Prozent eine Teilzeitarbeit zwischen 20 und 36 Stunden, also mehr als den heute gängigen „halben Arbeitstag“. Weiter ist zu fragen, wie realistisch diese Zahl überhaupt ist. Teilzeitarbeit bedeutet heute Teilzeit-Rente, Teilzeit-Arbeitslosengeld, nur einen Teil der Sozialen Sicherheit, wenn die Arbeitsstundenzahl überhaupt zur Beteiligung an der Sozialen Sicherheit ausreicht. Waren die Frauen, die hier befragt wurden, sich dessen bewußt? Hätten die 77 Prozent sich dann ebenfalls so entschieden? Ein Ausbau der Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit muß begleitet werden von tarifvertraglichen und gesetzlichen Regelungen zur vollwertigen sozialen Absicherung. Diese Forderung erscheint angesichts der sich weiter leerenden Kassen von Renten- und Arbeitslosenversicherung ebenso unrealistisch wie aufgrund der Vorhaben zur Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten. Teilzeitarbeit wird also auch weiterhin nur zu einer Sozialen Teilsicherung führen. Dies wird für die meisten Beschäftigten unakzeptabel sein.

Geringes Familieneinkommen

Teilzeitarbeit bedeutet natürlich auch nur Teillöhne und -gehälter. Hohe Arbeitslosigkeit gibt es oft in strukturschwachen Gebieten mit niedrigeren Löhnen als im Bundesdurchschnitt. In Ostbayern zum Beispiel ist das gesamte Familieneinkommen oft derart gering, daß die Frauen aus finanziellen Gründen der Erwerbsarbeit nachgehen müssen. Mit einer bloßen Teilzeitbeschäftigung ist ihnen nicht geholfen, aufgrund der ökonomischen Probleme brauchen sie ein Volleizeinkommen.

Eine „Teilzeittoffensive“ wird die Stärkung der Massenkaukraft weniger als möglich erhöhen. Sind unsere volkswirtschaftlichen Konzepte richtig, so wäre dies zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit auch nur eine Teil-Lösung. Eine Stärkung der Nachfragemöglichkeiten insbesondere einkommensschwacher Gruppen scheint hierdurch auch nicht in ausreichendem Maße möglich zu sein; denn diese Gruppen benötigen eine volle und nicht nur eine Teil-Verbesserung ihres Familieneinkommens.

Halbe Arbeitszeit, aber doppelte Belastung

Neuere arbeitsmedizinische Untersuchungen haben ergeben, daß teilzeitbeschäftigte Frauen größere gesundheitliche Probleme haben als ihre vollzeitbeschäftigten Kolleginnen; sie werden häufiger krank und suchen häufiger den Arzt auf. Der Grund dafür liegt in der Doppeltätigkeit, die sich bei Teilzeiterwerbsarbeit in den Tagesablauf einschleicht: ganztagsarbeitende Frauen müssen Hausarbeit und Kinderbetreuung von anderen erledigen lassen. Teilzeitarbeitende Frauen machen dies noch zusätzlich, gehen zum Beispiel arbeiten, wenn die Kinder in der Schule sind. Dadurch fehlt es ihnen an den nötigen Erholungszeiten. Bei Frauen, die Familie haben und aufgrund des geringen Familieneinkommens und der Benachteiligung von einkommensschwachen

Familien durch die konservative Familienpolitik einer Erwerbsarbeit nachgehen müssen, sind Arbeitsformen wie „Arbeit auf Abruf“ oder „Job-Sharing“ nicht familienfreundlich, sondern frauenfeindlich.

Betriebsdemokratie in der Freizeit

Teilzeitarbeit als Alternative zum Normalarbeitsverhältnis wird dazu führen, daß sich die betrieblichen Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr und mehr in die freie Zeit hinein verlagern. Für Teilzeitbeschäftigte liegen Betriebsversammlungen, Betriebsratswahlen und so weiter eben öfter mal außerhalb ihrer Teilarbeitszeit. Die Mitwirkungsmöglichkeiten werden dadurch abnehmen, denn wer wird in seiner Freizeit wieder zum Betrieb zurückfahren, um zum Beispiel an Versammlungen teilzunehmen. Das gilt wieder verstärkt in ländlichen Gebieten mit langen Anfahrtszeiten zum Betrieb. Weil die Teilzeitarbeit vor allem als angeblich „familienfreundliche“ und „weibliche“ Alternative zum Normalarbeitsverhältnis gilt, trifft diese Einschränkung der betrieblichen Mitwirkung wieder vor allem die Frauen. Neben einer Verstärkung der Spaltung in Stammebelegschaft und Randbelegschaft auch im Bereich der Mitbestimmungsmöglichkeiten kommt es hier ebenfalls zu einer geschlechtsspezifischen Spaltung.

Humanisierung trotz Teilzeit nötig

Bei einer „Teilzeitoffensive“ können die Bestrebungen zur Humanisierung der Arbeitswelt unter die Räder geraten. Wer nur wenige Stunden am Arbeitsplatz verbringt, gibt sich eher mit gesundheitlich und geistig unzumutbaren Arbeitsbedingungen ab. Die Flucht aus der Arbeitswelt ist jedoch nicht die Alternative zu inhumanen Arbeitsplätzen.

Fraueneinkommen angleichen

Eine Gleichberechtigung der Frauen im Arbeitsleben, die nicht nur eine Teil(zeit)gleichberechtigung bleibt, muß an den diskriminierenden Fraueneinkommen ansetzen. Die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten zum Beispiel in der Metallindustrie haben im Durchschnitt knapp ein Drittel weniger Einkommen als die männlichen Kollegen. Selbst bei gleicher Lohngruppeneinstufung ist der Effektivlohn der Frauen geringer als der der Männer. Dabei sind die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen fast rein weiblich: in der Metallindustrie sind zum Beispiel 60 Prozent aller Arbeiterinnen in der untersten Lohngruppe, dagegen nur acht Prozent der Männer.

Die Chance der Frauen, qualifizierte Ausbildungsplätze in zukunftsorientierten technischen Berufen zu erhalten, sind gering. Selbst bei gleicher Ausbildung werden Männern und Frauen in der Industrie unterschiedliche Berufskarrieren angeboten; auch im kaufmännischen Bereich enden die Frauenkarrieren nach wie vor meist im Sekretariat. Am Anfang des Arbeitslebens stehen für Mädchen und Frauen oft schon berufliche Sackgassen. Eine „Teilzeittoffensive“ begünstigt diese schlechten Aussichten weiter: wer in Teilzeit arbeitet, macht keine Karriere; Teilzeit ist keine Lebensperspektive, sondern ein „Job“. Die hohe Frauenarbeitslosigkeit und die Benachteiligungen im Fraueneinkommen müssen zuallererst durch eine Qualifizierungsoffensive für weibliche Arbeitskräfte bekämpft werden.

Teilzeit als doppelte Ausbeutung

Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis stellt eine Schutzfunktion gegen die schrankenlose Ausbeutung der Ware Arbeitskraft und damit der geistigen und körperlichen Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dar. Bei der Teilzeitarbeit als einem der „atypischen Arbeitsverhältnisse“ fehlt dieser Schutz über weite Strecken, ohne daß den Arbeitnehmern hierfür eine andere Gegenleistung geboten würde. Eine „Teilzeittoffensive“ für die weiblichen Beschäftigten hätte eine Zementierung der aktuellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der mit ihr verbundenen Frauendiskriminierung zur Folge. Die heutige Kritik am Normalarbeitsverhältnis muß in weiten Teilen als überzogen und als fern von der Realität der Arbeitswelt angesehen werden. Die Kritik und das Lob der Teilzeitarbeit dient der Kapitalseite zur Rechtfertigung der doppelten Ausbeutung: mehr Streß, Abwertung der Frauenarbeit, aber nur Teileinkommen und Teilsicherheit.

Deshalb stehen in der Tat nicht die Beseitigung des Normalarbeitsverhältnisses, sondern sein Ausbau und seine Weiterentwicklung durch allgemeine Tagesarbeitszeitverkürzung ganz oben auf dem sozialpolitischen Forderungsprogramm.

(-/30.11.1988/vo-he/rs)

* * *